Nummer 207

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonnabend, 3. Mai 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen“, tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild“, Illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt“, Humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone“ — Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts — Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Gemeindewahlen am 4. Mai!

In den preußischen Gemeinden außer Berlin finden am Sonntag, den 4. Mai, neben den Reichstagswahlen die Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Die Propaganda für die Reichstagswahlen und die folgenschweren Entscheidungen, die ihr Ausgang mit sich bringen wird, haben das Interesse an den preußischen Kommunalwahlen stark zurücktreten lassen, sodaß mancher Wähler draußen im Lande vielleicht erstaunt sein wird, wenn ihm am Sonntag neben dem amtlichen Reichstagswahlstimmzettel auch der Stimmzettel für die Gemeindewahlen ausgehändigt wird. Vielleicht ist diese Verknüpfung mit den Reichstagswahlen ein Anreiz und eine Bequemlichkeit für den Wähler, der gleichzeitig leicht und ohne besondere Mühewaltung sich seiner doppelten Pflicht entledigen kann. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Beteiligung an den Gemeindewahlen mindestens ebenso stark wird wie die an den Reichstagswahlen. Man soll nicht einwerfen, daß die politischen Gesamtentscheidungen, die über Deutschlands Schicksal in der allernächsten Zukunft unter ausschlaggebender Mitwirkung des neuen Reichstages gefällt werden müssen, ja doch unser aller Schicksal und Existenz in Form und Inhalt bestimmen, und daß deshalb die Gestaltung der Gemeindeparlamente von nebensächlicher Bedeutung sei. Das ist ganz falsch. In vieler Beziehung sind die Gemeinden in der letzten Zeit viel selbständiger geworden als früher. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Städte noch nie in solchem Maße ihr Schicksal selbst in der Hand hatten wie jetzt. Besonders in finanzpolitischer Beziehung ist eine weitgehende Trennung zwischen Staat und Stadt vor sich gegangen, und auch auf dem Gebiet des Schulwesens hat in vieler Beziehung die Stadtverwaltung ausschlaggebenden Einfluß. Es sind also die Interessen der allernächsten Umgebung und des alltäglichsten Lebens, die den Bürger veranlassen sollten, auch dieser Pflicht als Bürger seiner Gemeinde zu genügen und die Bestimmung des Schicksals seiner Familie, seiner wirtschaftlichen und kulturellen Existenz nicht Anderen, womöglich den Feinden seines Standes, zu überlassen. Die Wahl zu den Gemeindevertretungen ist dem Wähler bedeutend leichter gemacht als die Reichstagswahl. Ganz erheblich weniger Parteien kämpfen um die Gunst des Wählers, und besonders auf der bürgerlichen Seite beherrscht in vielen großen Städten das Gefühl für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der bürgerlichen Bevölkerung erfreulicherweise in viel höherem Maße den Wahlkampf als bei den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen. Dieses Gefühl und das Bewußtsein der Verantwortung jedes einzelnen Bürgers wird hoffentlich dazu beitragen, daß die Wahlbeteiligung auf bürgerlicher Seite größer wird, als bei den Wahlen, aus denen die bisherigen Gemeindevertretungen meistenteils hervorgegangen sind. Früher, besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege, beherrschte den Bürger gerade den Schicksalsfragen der Stadtparlamente gegenüber eine unglaubliche Passivität. Dieser Mangel an Interesse und an Verständnis für die Wichtigkeit der Gemeindewahlen hat für die bürgerlichen Schichten vieler, ja der meisten großen Städte Preußens die verhängnisvollsten Folgen gehabt. Fast in allen großen Stadtparlamenten haben jahrelang die Sozialdemokraten und ihre Bundesgenossen zur Linken die Oberhand gehabt und haben ihre roten Magistrate und ihre Bürgermeister der gleichen Couleur gewählt. Wir brauchen unseren Lesern, die, nicht ohne eigene Schuld vielleicht, das zweifelhafte Vergnügen gehabt haben, unter solchem Regime leben zu müssen, nicht die Folgen auseinanderzusetzen, die diese Passivität des Bürgers gezeitigt hat. Dilettantismus und bewußte Sabotage in kulturellen Angelegenheiten, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, Mißwirtschaft, Krippenjägerei und Korruption in der Verwaltung — das waren die Blüten, die der Bürger wohl in fast allen preußischen Gemeinden selbst zertreten kann, wenn er sich am Sonntag aufrafft, seiner Gemeindewahlpflicht zu genügen. Die Gemeindewahlen, die im Januar in dem roten Sachsen stattgefunden haben, beweisen die Richtigkeit dessen, was hier gesagt ist, in vollem Umfange. Bei schwächster Wahlbeteiligung des Bürgertums und bei stärkster Wahlbeteiligung der disziplinierteren Linkswähler kamen vor Jahren die Magistrate zustande, unter denen die Mißwirtschaft in den sächsischen Stadtgemeinden sprichwörtlich wurde, und die langsam zur offenen Terrorisierung des Bürgertums übergingen. Diese bitteren Lehren führten bei den Gemeindewahlen dieses Jahres das sächsische Bürgertum geschlossen zur Wahlurne und führten seinen Sieg auf der ganzen Linie herbei. Sozialistischer und kommunistischer als die großen Städte der sächsischen Industriebezirke werden nicht viel Städte in Preußen sein. Was in Sachsen möglich war, muß also auch in Preußen möglich sein. Die Gemeindewahlen am 4. Mai werden den Beweis erbringen, ob der bürgerliche Wahlberechtigte der preußischen Städte das Verständnis für die Frage hat, das die elementarsten Erfordernisse seines Lebens und der Existenz seiner Familie von ihm erheischen.

Dr. J.

Die belgische Aussprache mit Macdonald.

Eine Uebereinstimmung bezüglich des Ruhrgebiets „nicht schwierig“.

London, 2. Mai.

Die beiden belgischen Minister Theunis und Hymans frühstückten heute zusammen mit ihrem Kabinettchef auf der belgischen Botschaft. Zu diesem offiziellen Frühstück waren auch der amerikanische Botschafter und Sir Eyre Crewe vom Foreign Office eingeladen. Um 3 Uhr 30 Minuten begaben sich die belgischen Vertreter nach Chequers zu den Verhandlungen mit Ramsay Macdonald.

TU London, 2. Mai.

Theunis und Hymans konferierten heute nachmittag in Chequers, wobei die gegenseitigen Ansichten und Auffassungen über die gegenwärtigen und zukünftigen Aussichten der Reparationsfrage in der Beleuchtung der Sachverständigengutachten ausgetauscht wurden. Der englische Ministerpräsident war von einem Beamten des Außenamtes begleitet, sonst war kein anderer Minister anwesend. Ueber die Besprechungen ist kein amtlicher Bericht ausgegeben worden. Die belgischen Besucher werden diese Nacht in Chequers zubringen und voraussichtlich morgen nach Brüssel zurückreisen.

London, 2. Mai.

Reuter erfährt, daß die Besprechungen in Chequers zwischen den belgischen Ministern und Premierminister Macdonald amtlicherseits als geheim behandelt werden. Es werde erwartet, daß sie sich lediglich auf die Ausführung des Dawesberichtes beziehen werden. Der allgemeine Eindruck in verantwortlichen Kreisen gehe dahin, daß es nicht schwierig sein werde, eine Uebereinstimmung unter den Alliierten in Sachen der französischen Besetzung des Ruhrgebiets zu erzielen. Es scheine, daß die französische Regierung vor allem über die Frage der Rheinlandeisenbahnen besorgt sei, da ihre Auffassung sei, die französischen Truppen im Ruhrgebiet dürften nicht ausschließlich von einem durch Deutsche ausgeführten Eisenbahndienst abhängig werden.

Die Presse beschäftigt sich eingehend mit dieser Unterredung. Man weist vor allem darauf hin, daß zum ersten Male seit der Ruhrbesetzung ein Ministerpräsident einer an der Ruhrbesetzung beteiligten Macht nach London gekommen sei, um sich mit dem englischen Premierminister zu besprechen. Die „Daily News“ hoffen, daß die belgischen Minister sich zu der Ansicht bekehrt haben, wirtschaftliche Garantien seien den militärischen vorzuziehen. Auf alle Fälle werde es ihnen möglich sein, aus voller Sachkenntnis heraus sich mit Macdonald zu besprechen, da ihre Begegnung mit Poincaré ihnen Gelegenheit gegeben habe, auch den Standpunkt der französischen Regierung genau kennen zu lernen. Dieser Umstand lasse die Hoffnung zu, daß die heutige Unterredung fruchtbringend sein werde. — „Daily Chronicle“ beglückwünscht die belgischen Minister zu ihrem Bestreben, einen Ausgleich zwischen Paris und London herbeizuführen. Es sei zu hoffen, daß Poincaré sich nach den Wahlen weniger unnachgiebig zeigen werde, als bisher. Der Sachverständigenplan hänge jetzt ganz vom Zustandekommen der 800-Millionen-Goldmarkanleihe ab. Es sei anzunehmen, daß die Geldleiher kein Vertrauen haben würden, solange Frankreich sich nicht entschlossen habe, sich nicht mehr in das Wirtschaftsleben Deutschlands einzumischen. Die Lage sei ähnlich wie im Falle der englisch-russischen Unterhandlungen. In beiden Fällen handle es sich um die Erlangung von Krediten, die aber nur gewährt werden könnten, wenn die nötige Vertrauensatmosphäre geschaffen sei. Es wäre gut, wenn Poincaré ebenso in sich gehen würde, wie dies Rakowsky tun müsse, wenn er nicht den Erfolg seiner Sache in Frage stellen wolle.

Aussprache über das Sachverständigengutachten.

TU Paris, 2. Mai.

Der Leiter der Kriegslastenkommission, Oberregierungsrat Meyer, hat sich heute mit den von der Reparationskommission ernannten Mitgliedern der im Sachverständigengutachten genannten Kommission in Verbindung gesetzt und mit ihnen längere Rücksprachen über die voraussichtliche Arbeitsabwicklung für die nächste Zeit geführt.

Die englischen Konservativen gegen die Verhandlungen mit Rußland.

London, 2. Mai.

Bei der heutigen Kundgebung der Konservativen der Primrose League in der Albert Hall erklärte Lord Curzon in einer Rede, die Konservativen bereiteten sich auf einen neuen Kampf vor, der jetzt nicht mehr lange hinausgeschoben werden könne. **Die sozialistische Regierung habe die Arbeitslosigkeit durch die Abschaffung der Mac-Kenna-Abgaben vergrößert.** Weder Baldwin noch er selbst würden sich einer nationalen Außenpolitik irgendeiner britischen Regierung widersetzen. Hinsichtlich der englisch-russischen Konferenz sagte Curzon, die britische Regierung halte im Foreign Office eine Konferenz mit Vertretern der grausamsten und blutigsten Regierung ab, die Europa je gekannt habe. Die russische Regierung wolle Geld haben, und des englischen Geldes wegen seien die Russen nach England gekommen. Die gesamte Politik und alle Reden, Schriften und grundlegenden Ansichten der Sowjetregierung seien unvereinbar mit dem fortschrittlichen Leben eines zivilisierten Volkes. Die Konservativen seien die stärkste Partei im Unterhause und ein wichtiger Teil der liberalen Partei im Unterhause und im Lande scheine den Wunsch nach einem Anschluß an die Konservativen zu hegen.

Baldwin erklärte in seiner Rede, er sei besorgt wegen des Mißerfolges, den der bescheidene Plan einer Vorzugsbehandlung der Dominions erlitten habe. Wenn England nicht geneigt sei, das geringste Opfer zu bringen, so müsse die unvermeidliche Folge die sein, daß die Dominions in andere wirtschaftliche Kreise als die Englands gezogen würden. Die Konservativen nähmen den Urteilsspruch des Landes an und beabsichtigten nicht, einen allgemeinen Tarif vorzulegen. Sie hätten jedoch die Absicht, wenn sie wieder zur Macht gelangten, diejenigen Industrien, die unter dem ausländischen Wettbewerb litten, durch Maßnahmen nach Art eines Industrie-Schutzgesetzes zu schützen.

Baldwin führte weiter aus, die Konservative Partei sei zur Teilnahme an einer Konferenz über Einschränkung der Rüstungen bereit, könnte aber nicht eine Schwächung der Verteidigungsstreitkräfte zulassen. Die Konservativen seien für strikte Ausführung der Friedensverträge und würden den Völkerbund zum Angelpunkt der Außenpolitik machen.

— **Rußland verlangt Schadenersatz von der Tschechoslowakei.** Einen Schadenersatz von 37 Millionen Goldrubeln beabsichtigt die Sowjetregierung für das Eingreifen tschechischer Legionäre in den russischen Bürgerkrieg von der Tschechoslowakei zu verlangen.

Die belgische Armee.

Vorwürfe wegen „Vernachlässigung“.

eca Brüssel, 2. Mai.

Die „Nation Belge“ führt seit einiger Zeit einen ununterbrochenen Feldzug gegen Forthomme, den belgischen Kriegsminister, dem das nationalistische Blatt den Vorwurf macht, die Armee zu vernachlässigen. In seiner Antwort auf die verschiedenen Anschuldigungen sagte der Minister, daß die belgische Armee jetzt viel besser organisiert sei, als im Jahre 1914. Belgien verfüge über 5500 Offiziere, gegenüber 3500 vor dem Kriege. Jährlich würden jetzt 74 000 Mann unter die Waffen gerufen, 1914 nur 48 000. Vor dem Kriege verfügte Belgien über nur eine geringe Zahl von Flugzeugen, jetzt hält es 257 von den 356, die es eigentlich nötig habe. Auch die Artillerie sei bedeutend besser als 1914.

„Die gegenwärtige geringe Kriegsgefahr.“

EP Brüssel, 2. Mai.

Bei der Erörterung des Budgets der Landesverteidigung in der Kammer erklärte der Landwirtschaftsminister, daß aus finanziellen Gründen und besonders im Hinblick auf die gegenwärtig geringe Kriegsgefahr die Ausführung des ursprünglichen Rüstungsprogramms verzögert worden sei. So seien die Anschaffungen für Tanks um ein Jahr verzögert worden und zwar mit um so größerer Berechtigung, als die französischen Konstrukteure gegenwärtig einen neuen Typ vorbereiteten, der dem bisherigen weit überlegen sein werde. Auch die Ausführung des Luftschiffahrtsprogramms sei verzögert. Das gegenwärtige Programm sehe vor, daß Belgien bis 1925 356 Militärflugzeuge besitzen solle, die Regierung gedenke mit dem Bau der fehlenden 99 noch zu warten, um neue Modelle erwerben zu können. Ferner bestehe ein Mangel an Piloten.

Morgen ist der Entscheidungstag!
Geht zur Wahl!

Sozialdemokratie und Grenzdeutsche.

Von

Erich Fäse.

Es gab eine Zeit, da die Sozialdemokratie noch nicht müde und schwunglos war, da sie noch an sich selbst glaubte und sich für ihre eigenen großen Worte begeisterte. Wenn sie am begeistertsten war, nannte sie sich die „internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie“.

Heute ist es damit still geworden. Den Sozialdemokraten will das Wort nicht mehr recht über die Lippen. Sie denken an den Versailler Vertrag, der die Völker versklavte statt sie zu befreien. Sie denken daran, daß dieser Vertrag die Unterschriften deutscher und belgischer Sozialdemokraten trägt. Und wenn sie ganz ehrlich sind, denken sie an die sozialdemokratische Politik, die der Vertragsunterzeichnung folgte, denken sie daran, wie die sozialdemokratischen Führer ihre eigenen Landsleute in den Grenzgebieten im Stich ließen.

Diese Deutschen, die jenseits der Versailler Grenzpfähle, aber auf altem deutschen Boden wohnen, tragen schwer an ihrem Schicksal. Durch feindlichen Machtspruch sind sie Untertanen fremder Staaten geworden. Doch sie fühlen sich als Deutsche — in viel stärkerem Maße als der durchschnittliche Binnendeutsche. Sie tragen deutsche Bildung und deutsche Kultur in ihrem Bewußtsein, das ein starkes nationales Bewußtsein ist. Und sie führen um diese Güter einen zähen ausdauernden Kampf. Sie wehren sich verzweifelt gegen die Nationalisierungsversuche der fremden Staaten, die nicht selten bis zur brutalen Unterdrückung alles Deutschen gehen. Dieser Kampf geht jeweils um einzelne Positionen, aber er kann nur das eine Ziel haben: die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande. Das bleibt die heiße Sehnsucht aller Grenzdeutschen.

Für diesen erbitterten und opferreichen Kampf haben unsere Brüder jenseits der Grenzpfähle die selbstverständlichen Sympathien aller Deutschen im Reiche. Nur die Sympathien deutscher Sozialdemokraten haben sie nicht. Die deutschen Sozialdemokraten sind der Meinung, daß „der Nationalitätenkampf den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse schwächt“. Und sie suchen die Einstellung dieses nationalen Freiheitskampfes zu erreichen, weil ihnen ihre Klassenkampftheorie immer noch über alles andere geht, auch über die seelische Not ihrer Volksgenossen, denen „Deutschland“ mehr ist als der Name für ein Land, in dem sich essen, trinken und verdienen läßt.

Im vorigen Jahre veröffentlichte der „Vorwärts“ einen gemeinsamen Aufruf der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie. Er trug die Ueberschrift „An die Sozialdemokraten Deutschlands und Dänemarks“ und war unterschrieben von Th. Stauning, dem jetzigen dänischen Ministerpräsidenten, und Otto Wels, dem Vorsitzenden der deutschen Partei. In diesem Aufruf setzte sich die Sozialdemokratie mit aller Energie für die im Jahre 1920 festgesetzte Grenze als die „gesetzliche Grenze“ ein. Sie wandte sich gegen jede weitere Ausdehnung der dänischen Annexion, aber sie wandte sich ebenso gegen die deutsche Bewegung, die die Rückgängigmachung der dänischen Annexion von 1920 forderte. Die deutsche Sozialdemokratie als Mitunterzeichnerin des Aufrufs stellte also die dänischen Annexionsgelüste und die berechtigte deutsche Annexionsabwehr auf die gleiche Stufe, verurteilte beide und gab damit die Deutschen in Nordschleswig völlig preis.

Auf mehreren internationalen Kongressen hat die Sozialdemokratie das Gleiche mit den Deutschen in Elsaß-Lothringen getan. Noch auf dem letzten, dem Hamburger Kongreß, wiederholte sie gegenüber den Ententesozialisten ihre Genfer Erklärung: „Für uns gibt es keine elsaß-lothringische Frage.“

Wie es für die, die sich deutsche Sozialdemokraten nennen, keine deutsch-dänische und keine elsaß-lothringische Frage mehr gibt, so kennen sie jetzt auch keine deutsch-

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte
(Nr. 16)

und die illustrierte Wochenbeilage

Das Leben im Bild.